

URGENT ACTION

GESETZ BEDROHT

INDIGENENRECHTE

BRASILILIEN

UA-Nr: UA-057/2023 AI-Index: AMR 19/6857/2023 Datum: 5. Juni 2023 – ar

Indigene in Brasilien

Das brasilianische Parlament stimmte am 30. Mai dem Gesetzentwurf 2903/2023 zu, der nun in den kommenden Tagen im Senat debattiert wird. Das Gesetz würde die Ausweisung indigener Territorien begrenzen und die „Marco Temporal“-These legitimieren, nach der indigene Gemeinschaften nur dann Anspruch auf die Demarkierung ihrer Gebiete haben, wenn sich diese bereits bei der Verkündung der Verfassung im Jahr 1988 in ihrem Besitz befanden. Das Gesetzesprojekt beeinträchtigt die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen und zementiert die systemischen Menschenrechtsverletzungen, denen Indigene in Brasilien ausgesetzt sind. Amnesty International appelliert daher an den Senat, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Das brasilianische Parlament hat dem Gesetzentwurf 2903/2023 zugestimmt, mit dem das Indigenenstatut (*Estatuto do Índio*) reformiert werden soll, was u. a. eine Änderung der verfassungsrechtlich festgeschriebenen Demarkationsregeln für indigene Territorien nach sich ziehen würde. Das Gesetzesprojekt würde die „Marco Temporal“-These legitimieren, nach der indigene Gemeinschaften nur dann Anspruch auf die Demarkierung ihrer Gebiete haben, wenn sich diese bereits bei der Verkündung der Verfassung im Jahr 1988 in ihrem Besitz befanden.

Der Gesetzentwurf 2903/2023 bedroht die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen, insbesondere bezüglich Selbstbestimmung und angestammter Territorien. Die „Marco Temporal“-These, bei der es um den zeitlichen Rahmen der Gebietszuteilungen an Indigene geht, lässt außer Acht, dass indigene Gemeinschaften in Brasilien seit Jahrzehnten unter systemischen Menschenrechtsverletzungen leiden und kontinuierlich – auch schon vor 1988 – von ihrem Land vertrieben worden sind. Dies geschieht z. B. zum Zweck der Energieerzeugung, des illegalen Goldabbaus und des Straßenbaus durch Akteure wie die Regierung, Rancher*innen, landwirtschaftliche Konzerne und Goldschürfer*innen.

In Brasilien steht derzeit bei 285 Gebieten die Demarkierung aus, also ihre endgültige Anerkennung als indigenes Gebiet. Dies trägt dazu bei, dass Tausende Gemeinschaften nach wie vor gewaltsamen Landkonflikten ausgesetzt sind, bei denen laut der Indigenenrechtsorganisation CIMI (*Conselho Indigenista Missionário*) allein im Jahr 2022 insgesamt 176 Menschen getötet wurden.

Im Rahmen des Gesetzesvorhabens könnten zudem Waldabholzung, Landaneignungen und Gewalt gegen Indigene zunehmen, da abgeschlossene Demarkierungsprozesse rückgängig gemacht werden könnten. All dies stellt eine existenzielle Bedrohung für indigene Gemeinschaften in Brasilien dar.

Die Regierung hat die Indigenenrechte gemäß ihren Verpflichtungen unter dem Völkerrecht und der brasilianischen Verfassung zu schützen. Amnesty International fordert den Senat daher auf, die Gesetzesvorlage abzulehnen und sich damit für die brasilianische Bevölkerung, den Schutz indigener Gemeinschaften und den Erhalt fragiler Ökosysteme und der weltweit letzten Kohlenstoffsinken auszusprechen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 1988 lebten zahlreiche Angehörige der Guarani Kaiowá, Avá Guarani und anderer indigener Gemeinschaften außerhalb ihrer angestammten Territorien, da diese Grundstücke von Rancher*innen,

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN : DE23370205000008090100

AMNESTY
INTERNATIONAL



Großgrundbesitzer*innen und Goldschürfer*innen besetzt oder von der Regierung zur Bebauung vereinnahmt worden waren. Bei 285 indigenen Gebieten steht derzeit die Demarkierung aus, und im Jahr 2023 wurden bislang lediglich sechs Gebiete ausgewiesen.

Aufgrund des nur langsam voranschreitenden Demarkierungsprozesses kommt es immer wieder zu Landkonflikten, denen bereits Hunderte Indigene zum Opfer gefallen sind. Zwischen 2019 und 2022 wurde kein einziges indigenes Gebiet offiziell ausgewiesen. Laut Angaben der Indigenenrechtsorganisation CIMI wurden in diesem Zeitraum aufgrund von Landkonflikten mehr als 470 Indigene getötet – 176 allein im Jahr 2022.

Laut Angaben der staatlichen Indigenenbehörde FUNAI gibt es in Brasilien 734 indigene Territorien, die 117.537.905 Hektar umfassen, was 13,8% der Gesamtfläche Brasiliens ausmacht. Von diesen Gebieten sind 67,57% bereits als Schutzgebiete ausgewiesen bzw. homologiert, gut 32% befinden sich noch im Demarkierungsprozess, und 16% werden gerade erst geprüft, stehen also noch ganz am Anfang des Demarkierungsprozesses.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich appelliere dringend an Sie und alle Mitglieder des Senats, den Gesetzentwurf 2903/2023 abzulehnen.

APPELLE AN

PRÄSIDENT DES SENATS

Rodrigo Pacheco
Praça dos Três Poderes
Brasília DF - CEP 70165-900
BRASIL IEN

(Anrede: Dear Senator /

Sehr geehrter Herr Senatspräsident)

E-Mail: sen.rodriropacheco@senado.leg.br

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER FÖDERATIVEN REPUBLIK BRASILIEN

S. E. Herrn Roberto Jaguaribe Gomes De Mattos
Wallstraße 57
10179 Berlin

Fax: 030-726 283 20

E-Mail: brasemb.berlim@itamaraty.gov.br

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Portugiesisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **31. Juli 2023** keine Appelle mehr zu verschicken.

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- Urging the President of the Senate and all Senate members to reject Bill 2903/2023.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

